

3. III. 1916

Die finanzielle Lage der deutschen Städte. Die außerordentlich hohen Aufwendungen, die die Gemeinden seit Kriegsausbruch für die Kriegswohlfahrtspflege gemacht haben, haben naturgemäß auf ihre Finanzlage einen ungünstigen Einfluß ausgeübt. Eine Vorstellung über die Höhe dieser Aufwendungen in ihrer Gesamtheit erhält man, wenn man sich vergegenwärtigt, daß allein die preußischen Städte vom Kriegsbeginn bis zum Ende des Jahres 1915 für Kriegswohlfahrtspflege 811 Mill. M. verausgabten haben. Die erste Folge dieser großen finanziellen Belastung ist eine Erhöhung der Gemeindeeinkommensteuer in sämtlichen Gemeinden. Welchen Umfang diese Erhöhung angenommen hat und noch weiter annehmen wird, erkennt man aus den für Preußen vorliegenden Durchschnittszahlen aller Stadt- und Landgemeinden für die Zuschläge zur Staatseinkommensteuer. Sie beliefen sich im Jahre 1914 auf durchschnittlich 189 v. H., stiegen im Jahre 1915 auf 199 v. H. und werden für das laufende Jahr auf 216 v. H. geschätzt. Mit Rücksicht darauf, daß Reich und Staat nach dem Kriege einen außerordentlich gesteigerten Einnahmebedarf haben werden, ist die Frage nach der Erschließung neuer Steuerquellen für die Gemeinden schwierig; immerhin wird man der Prüfung der Frage näherzutreten müssen, auf welche Weise die Gemeinden ihre fortlaufenden Einnahmequellen ausgiebiger gestalten können. Von besonderer Schwierigkeit ist die Beschaffung von Anleihen während des Krieges, da der öffentliche Anleihemarkt nahezu ausschließlich dem Reich für seine Kriegsanleihen vorbehalten bleiben muß. Dem vom deutschen Städtetag an die Regierung gerichteten Wunsche, die Ausgabe von kurzfristigen Gemeindeforschauweisungen zu genehmigen, konnte nicht entsprochen werden. Als eine sehr wertvolle Einrichtung zur Erleichterung des Finanzbedarfs der Städte haben sich die Darlehnskassen erwiesen, die auf dem Wege der Lombardierung den Gemeinden umfangreiche Mittel zur Verfügung stellen konnten. Was die von den Gemeinden früher ausgegebenen Anleihen betrifft, so wird auf sie der durch die Kriegsanleihen geschaffene 5prozentige Zinsfuß seinen Einfluß ausüben. Nach einer Erklärung des preußischen Ministers des Innern im Abgeordnetenhaus, soll nach Friedensschluß vorgesorgt werden, daß, wenn der Zinsfuß ein hoher bleibt, die Umwandlung der bestehenden Anleihen in solche mit höherem Zinsfuß mit möglichster Beschleunigung durchgeführt wird.